



BÜNDNISGRÜNE
gestalten Sachsens
Zukunft mit



FRANZISKA SCHUBERT

Liebe Leserin, lieber Leser,

hinter uns liegen bewegte Monate – und auch vor uns. Wir BÜNDNISGRÜNE sind in Sachsen erstmals Teil der Regierung. Diese Chance werden wir nutzen, um den Freistaat zukunftsfähig zu gestalten. Dafür wollen wir uns den dringenden Herausforderungen unserer Zeit, wie der Klimakrise oder dem Strukturwandel, stellen. Wir stehen ein für ein ökologischeres, weltoffeneres und gerechteres Sachsen.

Das bedeutet, täglich neu auszuhandeln, was sich ändern soll. Es sind kleine Schritte – doch wir gehen sie und sie verändern etwas.

Die größte und dazu nicht absehbare Herausforderung im ersten Jahr der Wahlperiode war und ist für uns alle die Corona-Pandemie. #FlattenTheCurve bleibt das Wichtigste, um Jene zu schützen, die besonders hart getroffen werden, wenn sie erkranken. Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens betreffen uns alle; sie führen zu existenziellen Fragen und zu Auseinandersetzungen mit unseren demokratischen Fundamenten. Deshalb haben wir von Beginn an gefordert, dass das Parlament an Entscheidungen beteiligt ist – und werden weiter dafür kämpfen, auch wenn wir wissen, dass es schwer ist, in dieser Koalition ein Landtagsbeteiligungsgesetz zu verabschieden. Die Bedeutung des Parlaments wurde deutlich, als die Aufnahme neuer Schulden für einen Corona-Bewältigungsfonds und die finanzielle Unterstützung von Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht wurden. Wir sind uns der Verantwortung bewusst – der Sächsische Landtag ist in der Krise handlungsfähig und wir konnten einige Etappenziele feiern, die wir euch und Ihnen in dieser SAXGRÜN vorstellen.

Die Pandemie wird uns in den kommenden Monaten weiter begleiten. Mit vereinten Kräften werden wir diese Herausforderung bewältigen und Sachsen auch in Zukunft mit zahlreichen BÜNDNISGRÜNEN Initiativen bereichern. Dabei bauen wir auch auf Euch und Sie: Eure/Ihre Rückmeldungen sind unser Kompass. Bleiben wir beieinander, bleiben wir kritisch und bleiben wir zuversichtlich.

Viel Freude beim Lesen! Bleibt/Bleiben Sie gesund!

Franziska Schubert
Fraktionsvorsitzende

Kurz & Knapp: Im Landtag beschlossen

Auch wenn seit Monaten die Corona-Pandemie die öffentliche Debatte bestimmt und den Sächsischen Landtag beschäftigt, wurden im Parlament eine Reihe weiterer wichtiger Initiativen aus anderen Themenbereichen unter BÜNDNISGRÜNER Beteiligung beschlossen. Eine Auswahl:



Fortentwicklung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Drs 7/3830)

Die vielfältigen erinnerungskulturellen Akteurinnen und Akteure in Sachsen leisten einen wichtigen Beitrag zur politisch-historischen Bildung und unterstützen Engagement für Menschen- und Bürgerrechte sowie für demokratische Grundwerte. Doch Stiftungsarbeit muss sich zeitgemäß weiterentwickeln. Es braucht moderne Bildungsarbeit, Kooperation zwischen Gedenkstätten und Initiativen sowie eine Beratung der Projektträger. Grundlage dafür soll eine Entwicklungskonzeption sein, die die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion schon lange fordert. Durch sie wird die Gedenkstättenarbeit in Sachsen gestärkt.

Beschlossen: 30.09.2020

Mehr Informationen zum Antrag
→ <http://bit.ly/gedenkstaetten>



Gewaltschutz ausbauen (Drs 7/3908)

Der Antrag der Koalitionsfraktionen beinhaltet ein umfassendes Maßnahmenpaket zum besseren Schutz von Frauen, Kindern und Männern vor sexualisierter und häuslicher Gewalt. Er ist auch ein Bekenntnis zum Menschenrechtsabkommen „Istanbul Konvention“ und umfasst u.a. folgende Maßnahmen:

- ▶ Ausbau von Schutzplätzen in Sachsen
- ▶ Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle zur besseren Vernetzung von Hilfsangeboten
- ▶ Ausbau der Barrierefreiheit von Schutzwohnungen
- ▶ zweijähriges Monitoring über Kapazitäten und Bedarf sowie eine Dunkelfeldstudie zur Viktimisierung durch häusliche und sexuelle Gewalt sowie Stalking

Beschlossen: 30.09.2020

Mehr Informationen zum Antrag
→ <http://bit.ly/ausbau-gewaltschutz>



Bürokratieabbau in der Pflege (Drs 7/4248)

Schon seit Jahren fordern Pflegekräfte weniger Bürokratie und mehr Zeit für die Menschen, die sie pflegen. Die Bundesregierung hat mit der Einführung des Strukturmodells zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation die Grundlage für eine vereinfachte, schnellere Pflegedokumentation geschaffen. Darauf muss Sachsen jetzt aufbauen und überprüfen, welche Instrumente sich bewährt haben und wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. Zudem sollen die Chancen der Digitalisierung besser erkannt und genutzt werden.

Beschlossen: 05.11.2020

Mehr Informationen zum Antrag
→ <http://bit.ly/buerokratie-pflege>

Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus



Der Schutz unserer demokratischen Gesellschaft ist für die BÜNDNISGRÜNEN schon seit vielen Jahren ein bedeutendes Thema. Die größten Bedrohungen für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung gehen vom Rechtsextremismus aus. Deshalb hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit den Koalitionspartnern Mitte Juli einen Antrag ins Plenum des Sächsischen Landtages eingebracht, der die Staatsregierung beauftragt, ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus in Sachsen zu erarbeiten. Valentin Lippmann hat als innenpolitischer Sprecher der Fraktion maßgeblich an der Erstellung mitgewirkt.

Herr Lippmann, welches Ziel verfolgen die BÜNDNISGRÜNEN mit dem Antrag Gesamtkonzept Rechtsextremismus?

Sachsen hatte und hat ein Problem mit Rechtsextremismus. Die Bedrohung, die durch Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus ausgeht, ist in den letzten Jahren nicht kleiner, sondern größer geworden. Deshalb werden wir den Kampf gegen den Rechtsextremismus als Koalition gemeinsam und offensiv angehen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag eine Reihe von Maßnahmen festgelegt, die mit dem Gesamtkonzept umgesetzt werden sollen. Das ist ein Handlungsauftrag an alle politischen Verantwortungstragenden in Sachsen.

Wie kann das Gesamtkonzept beim Kampf gegen Rechtsextremismus konkret helfen?

Wir brauchen eine Erhöhung des Verfolgungsdrucks auf rechtsextreme Strukturen. Sachsen darf kein Rückzugs- oder Radikalisierungsort für rechtsterroristische Gruppierungen sein. Wir sind es den Opfern rechtsextremer Mörder schuldig, alles zu tun, dass sich Verbrechen wie in Hanau und Halle nicht wiederholen. Dazu gehört eine personelle Stärkung von Polizei und Strafverfolgung genauso wie die Stärkung der Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen bei religiösen Einrichtungen. Außerdem braucht es eine zentrale Anlaufstelle für Opfer von rechtsextremer Bedrohung. Gegen Hass im Netz müssen wir noch entschiedener vorgehen.

Was konnte denn bisher schon erreicht werden?

Aufgrund der strukturellen und analytischen Probleme beim Landesamt für Verfassungsschutz haben wir BÜNDNISGRÜNE die Einrichtung einer Dokumentations- und Forschungsstelle gefordert. Diese soll eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Unterrichtung der Öffentlichkeit über antidemokratische und menschenfeindliche Tendenzen in Sachsen gewährleisten. Mitte September hat die BÜNDISGRÜNE Demokratieministerin Katja Meier mit dem ‚Else-Frenkel-Brunswik-Institut‘ eine entsprechende Einrichtung an der Universität Leipzig ins Leben gerufen. Von deren Arbeit erwarte ich mir einen deutlichen Erkenntnisgewinn über rechtsextreme Strukturen und Entwicklungen in Sachsen.

Welche Maßnahmen sind künftig geplant?

Wir müssen auch auf die Prävention ein besonderes Augenmerk legen. Gegen Verfassungsfeinde im Öffentlichen Dienst werden wir konsequenter vorgehen. Auch unzuverlässige Besitzer*innen von Waffen sollen künftig besser identifiziert werden. Ein Sicherheitsbericht soll zudem regelmäßig über die unterschiedlichen Formen des Rechtsextremismus informieren. Nicht zuletzt sind die politische Bildungsarbeit und Angebote zur Radikalisierungsprävention zu verstärken.

Mehr Informationen zum Antrag
→ <http://bit.ly/gesamtkonzept-rex>

Die Gemeinschaftsschule kommt! – Historischer Schritt

Die Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen am 15. Juli 2020 lässt sich getrost als „historisch“ beschreiben. Zuvor wurden über 50.000 Unterschriften im Rahmen des Volksantrags vom Bündnis „Längeres gemeinsames Lernen“ gesammelt. Die Einbringung des Gesetzentwurfs erfolgte durch die Vertrauensperson Doreen Taubert im Sächsischen Landtag. Es sprach also erstmalig eine Bürgerin im Rahmen der Plenarsitzung zu den Abgeordneten. Und der Schulversuch wurde endlich zur Regelschulform in Sachsen – ein Erfolg, für den die BÜNDNISGRÜNEN seit vielen Jahren gekämpft haben.

Was bedeutet Gemeinschaftsschule?

Hinter dem Begriff verbirgt sich der Grundsatz, dass die Schülerinnen und Schüler über Klassenstufe 4 hinaus in ihrem Klassenverband verbleiben. Es erfolgt eine individuelle Förderung entsprechend der Begabungen und Leistungsmöglichkeiten. Ab der 7. Klasse erfolgt meist der Wechsel in das abschlussbezogene Lernen – je nach angestrebtem Schulabschluss. Wie schon der Name des Bündnisses beschreibt, soll durch diese Schulform das „längere gemeinsame Lernen“ und eine stabile Lernumgebung realisiert werden. In anderen Bundesländern wird dieses Modell schon länger erfolgreich genutzt: So waren beispielsweise in Baden-Württemberg fünf von sieben Preisträgern des Deutschen Schulpreises Gemeinschaftsschulen.

Wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit

Das Prinzip der Gemeinschaftsschule „Miteinander und voneinander lernen“ trägt zu mehr Bildungsgerechtigkeit im Freistaat bei. Jedes Kind kann seine eigenen Leistungsmöglichkeiten und seine kommunikativen und sozialen Fähigkeiten auf vielfältige Weise weiterentwickeln. Es kann eine soziale Durchmischung gelingen und einer Leistungsauslese im Alter von zehn Jahren wird vorgebeugt. Christin Melcher, Bildungsexpertin der BÜNDNISGRÜNEN-Fraktion, fasst die Motivation hinter der Schulform zusammen: „Wir können es uns nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen und es nicht gezielt zu fördern.“

Konkrete Umsetzung in Sachsen

Bei der reinen Ergänzung des sächsischen Schulgesetzes soll es im Zuge der Einführung nicht bleiben. „Wir wollen dort, wo die Gemeinschaftsschule gewünscht ist, die Verwirklichung unterstützen“, erklärt Christin Melcher die weiteren beschlossenen Maßnahmen. So soll es fachliche Weiterbildungen für die Lehrkräfte geben, um sie für die Herausforderungen des binnendifferenzierten und jahrgangsübergreifenden Unterrichtens fit zu machen. Zudem findet eine fachliche Begleitung durch die Schulaufsicht statt. Weiterhin wird für Schulen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, ein vereinfachtes Anerkennungsverfahren angeboten.

Das Prinzip der Gemeinschaftsschule „Miteinander und voneinander lernen“ trägt zu mehr Bildungsgerechtigkeit im Freistaat bei.

Wie geht es weiter?

Viele Kommunen haben bereits ihr Interesse bekundet, Gemeinschaftsschulen sowie Oberschulen+ zu gründen. Einige haben sich auch auf den Weg gemacht und sind erste Schritte zur Etablierung von Gemeinschaftsschulen bzw. Oberschulen+ gegangen. Nun muss das Kultusministerium für die vom Landtag beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen sorgen. Außerdem ist es aus BÜNDNISGRÜNER Sicht wichtig, dass Eltern sowie Schülerinnen und Schüler in die Gründungsprozesse einbezogen werden. Denn die Gemeinschaftsschule ist auch ein Gemeinschaftsprojekt!

12 GRÜNE für Sachsen – Abgeordnetenübersicht der Fraktion

Franziska Schubert



Fraktionsvorsitzende

Fachgebiete:
Haushalt und Finanzen,
Kommunales, Religionspolitik,
Sorbische Angelegenheiten

Christin Melcher



**stellvertretende
Fraktionsvorsitzende**

Fachgebiet:
Bildung

Valentin Lippmann



**Parlamentarischer
Geschäftsführer und
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender**

Fachgebiete:
Innenpolitik, Datenschutz,
Demokratie, Rechtsextremismus
sowie Verfassung, Recht und
Justiz

Dr. Daniel Gerber



Fachgebiete:
Klimapolitik, Energie, Netzpolitik,
Digitalisierung sowie
Außenpolitik und Frieden

Ines Kummer



Fachgebiete:
Landesentwicklung, Sport

Kathleen Kuhfuß



Fachgebiete:
Soziales, Kinder und Jugend,
Familie, Gesundheit und Pflege,
Seniorinnen und Senioren,
Demokratieförderung

Thomas Löser



Fachgebiete:
Wohnungspolitik,
Stadtentwicklung und Bauen,
Denkmalschutz

Lucie Hammecke



Fachgebiete:
Europa, Gleichstellung,
Justizvollzug, Petitionen,
Tierschutz

Petra Čagalj Sejdi



Fachgebiete:
Asyl, Migration und Integration,
Inklusion, Drogenpolitik,
Entwicklungspolitik,
Verbraucherschutz

Gerhard Liebscher



Fachgebiete:
Wirtschaft, Verkehr,
Arbeitsmarktpolitik, Tourismus

Dr. Claudia Maicher



Fachgebiete:
Hochschule und Wissenschaft,
Kultur, Medien

Volkmar Zschocke



Fachgebiete:
Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft

Verdrängtes Elend

Eine Reise zu Geflüchteten auf Lesbos und in Bosnien



© David Pichler

Lucie Hammecke und Kathleen Kuhfuß auf Lesbos

Die Bilder vom Großbrand im Lager Moria Anfang September gingen um die ganze Welt. Schlagartig wurde die humanitäre Katastrophe, die seit Jahren auf Lesbos existiert und zuletzt aus dem Blick der breiten Öffentlichkeit verschwunden war, wieder allgegenwärtig. Bereits wenige Wochen zuvor waren **Kathleen Kuhfuß**, Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, und **Lucie Hammecke**, Sprecherin für Europapolitik und Gleichstellung, nach Lesbos gereist, um sich mit zahlreichen Akteur*innen zu treffen, die sich vor Ort mit der Situation der Geflüchteten beschäftigen und sich für deren Rechte einsetzen. Denn die Probleme rund um das Thema Asyl sind seit der Corona-Krise auf Lesbos noch komplexer und dramatischer. Nicht nur deshalb sollte besonders die deutsche Regierung jetzt aktiv werden, finden Kuhfuß und Hammecke: „Deutschland hat mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft eine große Verantwortung angenommen, eine europäische Antwort für Menschen auf der Flucht zu entwickeln.“

Im Gespräch mit der Ständigen Vertreterin der Deutschen Botschaft und dem Botschaftsrat für Flucht und Migration wurde für die beiden BÜNDNISGRÜNEN Abgeordneten deutlich: Es braucht dringend eine faire Aufteilung der Verantwortung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und eine Entlastung der Länder an den Außengrenzen. „Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass das Mittelmeer zum Massengrab für Menschen auf der Flucht wird“, erklärt Lucie Hammecke.

Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass das Mittelmeer zum Massengrab für Menschen auf der Flucht wird.

Lucie Hammecke

NGOs sichern Gesundheitsversorgung

Bei einem Treffen mit Vertreter*innen des UNHCR und verschiedener Kinderschutzorganisationen erfuhren die beiden Abgeordneten mehr über die Situation von Kindern und Jugendlichen, die als Geflüchtete auf der Insel leben. Sie sind nachts oft allein, Drogen und sexualisierte Gewalt sind Alltag für sie. Und auch bei der medizinischen Versorgung sind Verbesserungen dringend nötig: Ohne die Arbeit von NGOs wie beispielsweise „Ärzte ohne Grenzen“ gäbe es keine Notaufnahmen, keinen Kinderarzt, keine Medikamente, keine COVID-19-Station und auch keine Angebote zur Verhütung und Prävention.

Bei ihrer Recherche vor Ort entdeckten Kathleen Kuhfuß und Lucie Hammecke aber auch ein paar Lichtblicke. Zum Beispiel ein paar kleinere Camps rund um das damalige Hauptcamp Moria. Eines davon ist das „**Kara-Tepe**“ des UNHCR für Familien. Dort lebten zuletzt bis zu 1.300 Menschen in rund

200 Containern – mit Schule, Freizeitangeboten und viel Hilfe von Geflüchteten für Geflüchtete. In dem Camp dürfen nur Menschen leben, die als außerordentlich schutzbedürftig gelten. Meist sind dies Familien mit mindestens einem schwerkranken oder behinderten Familienmitglied. Das Camp ist kein Zuhause, aber es ist ein Ort, an dem es zumindest Wasser, Duschen und feste Wände gibt.

Nach fünf Tagen auf der Insel besuchten die BÜNDNISGRÜNEN Landtagsabgeordneten noch wilde Camps um Moria. Schnell wird klar: Das ist kein Ort zum Leben. Den Camps fehlt jegliche Struktur, Abwasser läuft zwischen den Hütten und Zelten in den nächsten Bach, wilde Stromleitungen geben einigen Behausungen Energie. Die Geflüchteten leben und schlafen zumeist in selbst gebauten Unterkünften aus Müll, Planen und Bauresten. Die Angst vor einer Ausbreitung des Corona-Virus ist groß, doch Schutz kaum möglich. „Uns ist bei dieser Reise noch einmal sehr deutlich geworden, dass die Menschen keine Chance haben, sich zu schützen: weder durch social distancing noch durch Händewaschen oder gar Desinfektion“, sagt Kathleen. „Die Situation ist erbärmlich, menschenunwürdig und beschämend.“

An der Grenze geschlagen und beraubt

Doch nicht nur in den Ankunftsstaaten wie Griechenland gibt es große Probleme bei der Aufnahme und Verteilung der Geflüchteten. Auch an den Grenzen zur EU leben Geflüchtete teils in katastrophalen Verhältnissen. **Petra Čagalj Sejdi**, Sprecherin für Asyl, Migration und Integration der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, war



© David Pichler

Besuch beim European Asylum Support Office



© David Pichler

Runder Tisch zur Situation Minderjähriger



Petra Čagalj Sejdi im Gespräch mit der freiwilligen Helferin Amila Rekić

im August mehrere Wochen in Bosnien und Herzegowina unterwegs. In Bosnien leben aktuell circa 9.000 Geflüchtete, mindestens 3.000 von ihnen sind obdachlos. Viele Geflüchtete berichten, an der Grenze zu Kroatien von Grenzpolizisten geschlagen und beraubt worden zu sein. Oftmals werden sie nach dem Aufeinandertreffen mit der Grenzpolizei ohne Geld, Telefone, zum Teil auch ohne Kleidung und Schuhe auf der bosnischen Seite der Grenze wieder ausgesetzt.

In den Straßen Sarajevos traf Petra Čagalj Sejdi junge Männer aus Pakistan, Marokko und Algerien, die berichteten, dass sie meist in leeren Häusern oder in Parks schlafen und vom Verkauf von Taschentüchern und durch die Lebensmittelspenden von freiwilligen Helfern leben. Die Übernachtungsstätten würden immer wieder von der Polizei geräumt. Auf der Straße gebe es weder medizinische Versorgung noch Waschmöglichkeiten oder Toiletten. Es sind vor allem Freiwillige, die sich um die obdachlosen Geflüchteten kümmern: In Tuzla, einer Stadt in Nordostbosnien, traf Petra auf Amila Rekić, eine Freiwillige aus der Gruppe **Pomozi.ba**, und begleitete diese bei ihrer Arbeit. Amila Rekić betreut und versorgt seit zwei Jahren Geflüchtete, die in Tuzla ankommen.

Für Geflüchtete ist es aktuell sehr schwer, in Bosnien einen **Asylantrag** zu stellen. Nur wer eine Adresse hat, kann auch einen Asylantrag stellen. Wer nach neun Monaten immer noch unter dieser Adresse wohnt, bekommt eine Arbeitserlaubnis für Bosnien. Aus Sicht von Amila Rekić fehlen Projekte und Programme der Regierung, die die Asylantragsstellung wirklich fördern. Das Geld, das die EU bereitstellt, kommt nur in den Camps, nicht aber bei den Geflüchteten auf der Straße an. Sie leben fast ausschließlich von privaten Spenden. Petra Čagalj Sejdi will solche Zustände nicht länger ertragen: „Wir dürfen die Menschen an unseren Grenzen – nur 1.000 Kilometer von uns entfernt – nicht vergessen und müssen als EU endlich richtig handeln.“

Fraktionsarbeit in Pandemiezeiten

Das Corona-Virus hat nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens erfasst. Auch im Sächsischen Landtag wurden binnen weniger Tage Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen: Direkt am Eingang findet sich seither ein Desinfektionsmittelspender, die Tische in der Kantine wurden auseinandergerückt und die Fraktionen stellen untereinander jeweils größere Besprechungsräume zur Verfügung. Auch für die Arbeit in den Fraktionen hat sich einiges geändert.



Mobiles Arbeiten, Telefon- und Videokonferenzen

Mobiles Arbeiten war für die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion nicht neu, weshalb die Probleme beim Übergang in die Zeit der Kontaktbeschränkungen weitestgehend überschaubar blieben. Es wird dafür gesorgt, dass die Kolleginnen und Kollegen sich so abwechseln, dass jedes Büro mit nur einer Person besetzt ist und Anträge und Gesetzentwürfe ansonsten mobil bearbeitet werden. In der Regel geschieht dies Zuhause, im Home Office. Für einige bedeutet das auch – wie für viele andere Sächsinen und Sachsen – die Kinderbetreuung und den Job unter einen Hut zu bekommen. Ein Nachteil ist natürlich, dass die telefonische Erreichbarkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „am Platze“ nicht mehr so umfassend wie zuvor gegeben ist.

Zu Beginn der Pandemie wurde in mehreren wöchentlichen Telefonkonferenzen über die aktuelle Situation beraten. Das hatte den positiven Nebeneffekt, dass der Kontakt im Team nicht verloren ging. Mit anhaltender Pandemie-Lage entschied sich die Fraktion zudem für ein Videokonferenz-System, welches Fraktionsitzungen „hybrid“ möglich macht: Ein Teil der Fraktion ist – mit ausreichenden Sicherheitsabständen – im Sitzungsraum anwesend, der andere Teil schaltet sich digital zu.

Abstandsregeln, Maskenpflicht und Hygiene

Abstandsregelungen gelten auch für den persönlichen Austausch in Arbeitskreisen und Teambesprechungen. Für Beratungsräume hat der Landtag je nach ihrer Größe Anzahlbegrenzungen für Personen festgelegt. Die BÜNDNISGRÜNEN versuchen bei der Arbeit, den Empfehlungen der Wissenschaft zu folgen: Wo Kontakte nicht gänzlich vermieden werden können, tragen alle Beteiligten Mund-Nasen-Bedeckungen. Alle Räume werden regelmäßig durchgelüftet. Flächen, die von mehreren Personen berührt werden (bestes Beispiel: der Kopierer!), werden regelmäßig desinfiziert.

Plenar- und Ausschusssitzungen

Auch außerhalb der Fraktionsräumlichkeiten hat sich sichtbar etwas geändert. Plenarsitzungen finden mit einer geänderten Sitzordnung statt, um die Abstände einzuhalten. Zusätzliche Sitzplätze wurden auf der Gäste-Tribüne reserviert, um allen Abgeordneten die Teilnahme zu ermöglichen und gleichzeitig dem Infektionsschutz Rechnung zu tragen. Das Parlament bleibt also auch in diesen schwierigen Zeiten arbeitsfähig. Wieso das wichtig ist, hat nicht zuletzt die Sondersitzung am 16. April gezeigt: Um den Betroffenen der Pandemie schnell und unmittelbar helfen und die wirtschaftlichen Schäden abmildern zu können, beschloss der Sächsische Landtag die Aufnahme eines Corona-Kredits in Höhe von sechs Milliarden Euro. Übrigens fand diese Sitzung zum ersten Mal seit 1993 nicht im offiziellen Plenarsaal des Landtages statt, sondern aufgrund der Größe in der Veranstaltungshalle des Dresdner Kongresszentrums.

Krisenzeiten brauchen ein starkes Parlament

Gerade in Krisenzeiten kommt es darauf an, dass staatliche Maßnahmen parlamentarischer Kontrolle unterworfen und durch die Vertretung des Volkes legitimiert sind – und schließlich müssen auch andere Themen nach wie vor bearbeitet werden. Deshalb bedarf es funktionierender Fraktionen. Neben den neuen politischen Herausforderungen, die sich aus der Corona-Pandemie ergeben, sind wir mit Änderungen im Arbeitsalltag konfrontiert, die vielen Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mittlerweile vertraut sein dürften. Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion bemüht sich, den Aufgaben dieser schwierigen Zeit gerecht zu werden.

Übrigens: Dr. Daniel Gerber stellt auf seiner Website ein Corona-Dashboard zur Verfügung:
→ <http://bit.ly/covid-dashboard-sachsen>

Neuer Haushalt für Sachsen: Ausgabenplanung mit Augenmaß

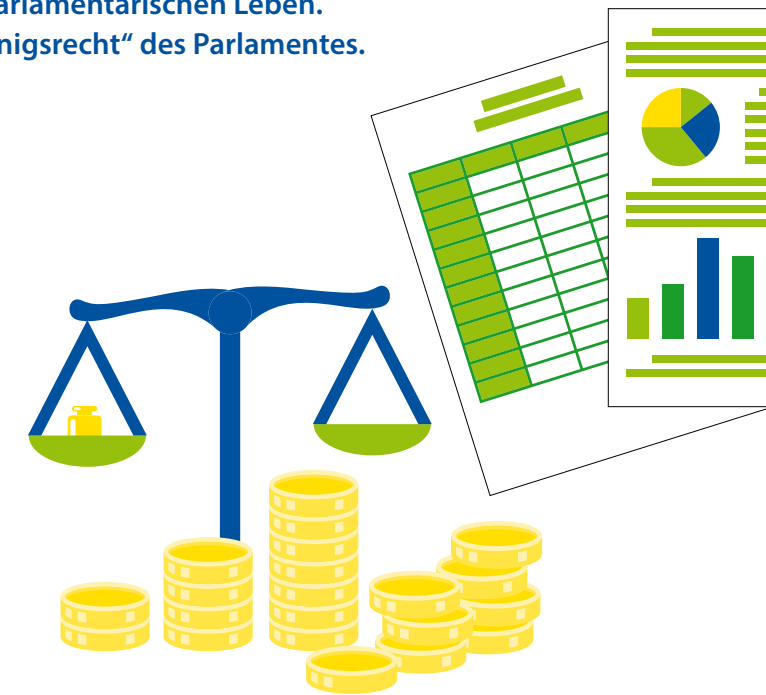
Die Verhandlungen für einen Doppelhaushalt gehören zu den intensivsten Monaten im parlamentarischen Leben. Das Haushaltsrecht ist das „Königsrecht“ des Parlamentes.

Und dabei geht es nicht nur um viel Geld: Mit dem Haushalt werden die finanziellen Grundsteine für die Arbeit der kommenden zwei Jahre gelegt. In den zurückliegenden Monaten wurde unter Krisenbedingungen von Seiten der Staatsregierung ein Regierungsentwurf verhandelt – und mittlerweile gibt es einen Beschluss des Kabinetts dazu.

Jetzt warten wir im Parlament auf die Übermittlung des fertigen Entwurfs – Ende Dezember ist es dann soweit. Wir werden den Entwurf gründlich prüfen und Änderungen vornehmen. Dazu laufen seit Monaten Gespräche mit Institutionen, Vereinen, Verbänden, Initiativen und anderen Engagierten. Wir BÜNDNISGRÜNE sammeln die Anliegen ein und nehmen sie mit in den parlamentarischen Prozess.

Welchen Spielraum hat Sachsen?

Nach der Verabschiedung eines Kreditrahmens von sechs Milliarden Euro zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie wurde der Rahmen des Gesamthaushalts mit Spannung erwartet. In blanken Zahlen stehen dem Freistaat für 2021 und 2022 je rund 21 Milliarden Euro zur Verfügung. Dazu Franziska Schubert, Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag: „Der verfügbare Finanzrahmen ist eine Summe, mit der man arbeiten kann. Wichtig ist uns, dass die Mittel wirksam eingesetzt werden – und nachhaltig. Wir sehen die Aufgaben, die vor uns liegen. Es gilt, Sachsens Klima im doppelten Sinne zu verbessern: ökologisch und gesellschaftlich.“

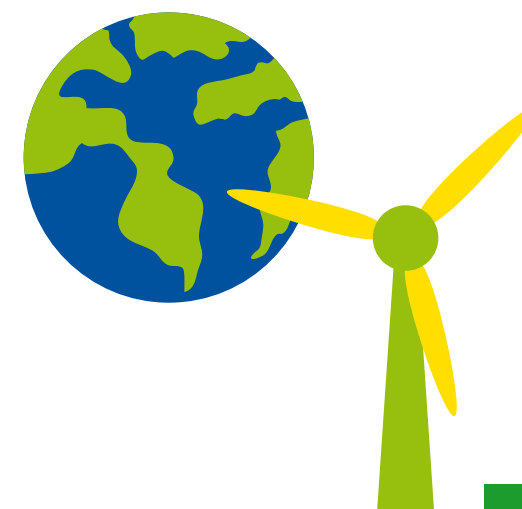


BÜNDNISGRÜNE Schwerpunkte

„Der neue Doppelhaushalt kann mit uns BÜNDNISGRÜNEN in der Regierung keine Fortschreibung der bisherigen Haushalte sein. Er wird Antworten auf die ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen geben müssen“, betont Finanzexpertin Schubert. Der Kompass für die Verhandlungen bleibt für unsere Fraktion der Koalitionsvertrag zwischen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Statt nur für Investitionen in graue Infrastruktur und Beton stehen die BÜNDNISGRÜNEN für Investitionen in Köpfe, in unsere Kinder und Jugend, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für eine Stärkung der sozialen und gesellschaftlichen Strukturen.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einen Klimafonds für Sachsen schaffen, die Agrar- und Verkehrswende begleiten sowie in gute Energie investieren. Wir wollen auch eine starke Demokratie mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, einen leistungsfähigen Rechtsstaat und gleiche Chancen für alle, die in Sachsen leben.

Dafür arbeiten wir.





Social Media Wall



Valentin Lippmann
@VaLippmann

Die AfD fordert im #saxlt die Abschaffung der #Sektsteuer und der #Biersteuer. Nur konsequent, denn nüchtern wäre das was die AfD hier von sich gibt, kaum mehr länger zu ertragen.

11. Juni 2020



Thomas Löser
@ThomasLoeserDD

Die Mietpreise in #Leipzig und #Dresden steigen immer weiter. Im Koalitionsvertrag haben sich @SaxGruen für Einführung #Mietpreisbremse stark gemacht. Der Koalitionsausschuss #Sachsen Koa hat sich nun endlich auf Zeitplan Einführung #Mietpreisbremse geeinigt. #Grüne



13. Oktober 2020



Christin Melcher

Es ist #Weltfahrradtag! Yippie! 🚲
Das Fahrrad ist für mich das wichtigste Fortbewegungsmittel, es macht Spaß und ist auch noch gut fürs Klima. Es braucht aber noch ein bisschen mehr damit das mit der #fahrradliebeSachsen noch besser wird. Schaut mal bei @gerber6052 oder @gruene_sachsen nach.



03. Juni 2020



Franziska Schubert
@FranziskaOL

#NordStream2. So notwendig wie ein Pickel. Energiepolitisch nicht notwendig, konträr zu den #Klimazielen, wirtschaftspolitisch fragwürdig - geopolitisch brisant. Partnerschaft braucht #Menschenrechte - und diese opfert man nicht aus wirtschaftlichen Interessen.

01. Oktober 2020



Lucie Hammecke
lucies_ecke

24 Jahre und immer noch jüngste 🌟
Abgeordnete in Sachsen, so kann's gehen 📷 Foto: @gruenefraktionsachsen



08. Oktober 2020



Claudia Maicher
@ClaudiaMaicher

Leipzig geht #nurmitkultur. Ohne diese vielfältige Club- und Kulturszene fehlt einiges, das zeigt der kreative Protest auf dem Augustusplatz.



20. September 2020



GrueneFraktionSachsen



@SaxGruen



gruenefraktionsachsen

Die SAXGRÜN und weitere Publikationen direkt bei uns per E-Mail bestellen: gruene-presse@slt.sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Telefon: 0351- 493 48 11 | Telefax: 0351- 493 48 09 | E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.), Kevin Schwarzbach | Gestaltung und Titelillustration: die superpixel

Fotos Abgeordnete: Elenor Breusing, Eric Heffenträger (Lucie Hammecke), Martin Jehnichen (Dr. Daniel Gerber, Petra Čagalj Sejdi),

Matthias Gahmann (Franziska Schubert), Kristen Stock (Dr. Claudia Maicher) | Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de